

1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Dresden
2 Beschluss des Stadtparteitages vom 27.10.2018

3
4 **Ein Bildungsticket für Dresden - Mobilität für alle Schüler*Innen**
5 **und Schluss mit der bürokratischen Beförderungssatzung**

6
7
8 Bündnis 90/Die GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass noch mit der Verabschiedung des
9 Doppelhaushaltes 2019/2020 die finanziellen Voraussetzungen für die Einführung eines
10 Bildungstickets geschaffen werden, das die gegenwärtige bürokratische und mobilitätspolitisch
11 zweifelhafte Schülerbeförderungssatzung ablöst. Kernpunkte der Regelungen sollen sein.

12
13 a) Schüler*innen erhalten zum Jahres-Abopreis von 15 € monatlich ein Ticket der DVB, das
14 weder an Einkommensgrenzen noch Entfernungen der Schüler zwischen Wohnung und
15 Bildungseinrichtung gebunden ist.

16 b) Aufwandsorientierte Erstattungen des Schülertransports werden abgeschafft und alle
17 Formen des Einzelnachweises aufgehoben.

18 c) Die dafür notwendigen Mehrbedarfsmittel in Höhe von ca. 3 Mio sind in dem Haushalt
19 einzustellen, die zu erwartenden Aufwandseinsparungen davon abzuziehen.

20
21 **Begründung:**

22 Die LHD ist gemäß §23 des Schulgesetzes (SchulG) für die Regelung der Schülerbeförderung
23 zuständig. In Dresden regelt eine höchst intransparente Beförderungssatzung die Erstattungsfähigkeit
24 von Fahrtkosten. Diese Satzung stellt nicht nur auf eine Mindestentfernung zwischen Wohnung und
25 Schulstandort ab, sie berücksichtigt auch nicht den Besuch außerschulischer Bildungsangebote und ist
26 zudem mit einem erheblichen bürokratischen Aufwand für Eltern und Schulverwaltungsamtes
27 verbunden. Mehrfach haben in der Vergangenheit Urteile von Verwaltungsgerichten die Korrektur
28 bestehender Regelungen erforderlich gemacht. Es ist deshalb angezeigt, endlich die bürokratisch
29 aufgeblähte Regelung zugunsten einer betroffenenorientierten Lösung abzuschaffen. Gegenwärtig ist
30 auch die ökologisch unerwünschte anteilige Erstattung von Beförderungskosten durch die Nutzung
31 privater Pkws vorgesehen.

32

33 Im Wahlprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Kommunalwahl 2014 heißt es: *„Die bisherige*
34 *bürokratische Schülerbeförderungsregelung wollen wir abschaffen und durch ein ganzjährig*
35 *nutzbares Schülerticket ersetzen, mit dem Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihren Eltern*
36 *mobil sind. Die Kosten für dieses Ticket werden sich in der Höhe des bisherigen Eigenanteils der*
37 *Eltern bewegen.“*

38

39 Da die Koalition aus CDU und SPD in Sachsen in ihrem Koalitionsvertrag eine landesweite Regelung
40 vereinbart hatten, erschien eine kommunale Problemlösung bislang als nicht opportun. Leider
41 zeichnet sich ab, dass die im Koalitionsvertrag formulierte Absicht, ein solches Ticket landesweit
42 einzuführen, an der Gestaltungsunfähigkeit der Staatsregierung gescheitert ist.

43

44 Der im Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD formulierte Anspruch wurde jedenfalls nicht
45 realisiert: „Wir sind uns einig in dem Ziel der Einführung eines einheitlichen, sachsenweit gültigen
46 und kostengünstigen Bildungstickets, das Schülerinnen, Schülern und Auszubildenden über den
47 Schulweg hinaus die Nutzung des ÖPNV über das gesamte Jahr ermöglicht. Wir werden gemeinsam in
48 Zusammenarbeit mit den Aufgabenträgern, den Zweckverbänden, den Landkreisen und kreisfreien
49 Städten bis zum 31.12.2015 einen Vorschlag für die Einführung eines solchen Bildungstickets
50 vorlegen.“